



MICHAEL GROSSE-BRÖMER

MEIN BRIEF AUS BERLIN

AUSGABE 183

28. OKTOBER 2011

EUROPA MUSS EINE STABILITÄTSUNION WERDEN



Liebe Leserinnen und Leser!

Wieder einmal wurde über den Rettungsfonds EFSF abgestimmt, diesmal über seine Stärkung. Das Thema will wohl kein Ende nehmen. Worum ging es denn diesmal, fragen sich viele. Erfreulich und verblüffend ist aber trotz der turbulenten Ereignisse in Europa, dass die Deutschen sich nicht verunsichern lassen. Sie vertrauen auf die Zukunft. Indiz dafür ist, dass die Deutschen wieder verstärkt Konsumgüter erwerben. Dieses Vertrauen in die Wirtschaft muss gestärkt werden, dafür war diese Woche auch entscheidend.

Herzlichst, Ihr

Der Konsumindex verzeichnet den höchsten Stand seit drei Jahren und weltweit blickt man mit Erstaunen und auch Bewunderung auf Deutschland, dass sich bislang meisterhaft nach der Weltwirtschaftskrise 2008 behauptet hat. Der Haushalt kann als sehr solide bezeichnet werden, die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen, und die Regierung wird von einer Bundeskanzlerin regiert, die wie kaum ein anderes Staatsoberhaupt den Ehrgeiz und auch die Beharrlichkeit aufzeigt, gegen die Schuldenkrise mit wirtschaftlicher Vernunft im Euro-Raum vorzugehen. Gerade in der Regierungserklärung von Angela Merkel, war ganz deutlich zu erkennen, dass es ihr ganzes Bestreben ist, mit der Erhaltung unserer Währung die Fundamente unseres Wohlstands zu retten. Mit

Ihrem Eintreten hat sie am Mittwoch auch die anderen Parteien überzeugen können. In Europas größter Krise wird Frau Merkel parteiübergreifend (mit Ausnahme der Linken) und mit der Kanzlermehrheit gestützt. Unser gemeinsames Ziel ist es, dass Europa eine Stabilitätsunion wird. Wie wird das erreicht und über was wurde nun genau abgestimmt? Nachdem wir in der vergangenen Woche beschlossen haben, welche Instrumente der europäische Rettungsschirm zur Erfüllung seiner Aufgaben nutzen kann, ging es in dieser Woche um die möglichst effektive Nutzung der zur Verfügung stehenden Mittel. Dabei ging es um die Ertüchtigung („Hebelung“) des Rettungsschirms auf eine Billion Euro. Mit dieser Schlagkraft sollen Ansteckungsgefahren, die von Griechenland ausgehen könnten, vorbeugend eingedämmt werden. Was versteht man unter einer „Hebelung“? Durch diese „Hebelung“ sollen die noch nicht verplanten rund 250 Milliarden Euro des EFSF eine Wirkung wie rund eine Billion Euro erzielen. Dabei geht es beispielsweise um den Kauf von Staatsanleihen in Bedrängnis geratener Euro-Länder. Investoren wird das Angebot gemacht, dass der Fonds im Falle einer Pleite beispielsweise 25 Prozent ihrer

Verluste übernimmt. Nach dieser Rechnung würde der Fonds etwa nicht für 100 Euro selber Anleihen kaufen, sondern vier Investoren dazu bringen, jeweils eine Anleihe für 100 Euro zu kaufen. Bei dieser „Hebelung“ bleibt es aber dabei, dass Deutschland nur bis zu der Obergrenze von 211 Milliarden Euro eintritt. Warum war die Zustimmung des Parlaments so wichtig? Ehrlich gesagt, konnte vorher niemand errahnen wie wichtig diese Rückendeckung der Kanzlerin werden sollte. Ganz Europa und die Märkte schauten am Mittag auf die Entschlossenheit des deutschen Parlaments und noch am Abend erreichte die Kanzlerin mit dieser kraftvollen Mehrheit alle ihre Forderungen. Um diese kurz zu nennen: Die Hebelung auf eine Billion Euro, die Banken erlassen Griechenland 50 Prozent seiner Schulden für einen zukünftigen Neuanfang, was 100 Milliarden Euro entspricht, die Finanzhäuser müssen mehr Geld für Notsituationen zurücklegen als Risikopuffer, die Kernkapitalquote, wird auf neun Prozent erhöht; Italien verpflichtet sich den Schuldenberg von 1,9 Billionen Euro abzubauen. Ich finde wir sollten auch in schweren Zeiten zuversichtlich sein, dass wir die Krise in den Griff bekommen und Deutschland weiter eine positive Zukunft hat.

EIN STARKER STAAT SCHÜTZT DIE FREIHEIT DER BÜRGER



Diese Woche wurde das Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes (zur Terrorbekämpfung) verabschiedet mit dem der Großteil der Anti-Terror-Regelungen um weitere vier Jahre verlängert werden.

Dabei bleiben alle Terrorismusabwehrbefugnisse der Nachrichtendienste des Bundes, die sich als unverzichtbar erwiesen haben, erhalten.

Wie wichtig dies ist, zeigte erst die Vereitelung der Terroranschläge durch die Bundesanwaltschaft diesen Jahres der mutmaßlichen Gruppe

Al Kaida in Nordrhein-Westfalen eben genau durch diese Ermittlungsmethode. Darüberhinaus werden im Gesetz zwei Befugnisse ausgeweitet: Die Einholung von Auskünften von Luftfahrtunternehmen wird um eine Abfragebefugnis bei den zentralen Buchungssystemen ergänzt und die Einholung von Auskünften von Unternehmen der Finanzbranche wird mit der Abfrage von Kontostammdaten verbunden.

Auf dieser Grundlage können Sicherheitsbehörden unter nun strengen rechtsstaatlichen Voraussetzungen zum Beispiel auch Bankauskünfte

einholen. Zugleich werden die Eingriffsschwellen aber auch erhöht und die parlamentarische Kontrolle ausgebaut. Die Gesetze dienen zu einem der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger und zum anderen erfüllen sie die Bedingungen des Rechtsstaats. Wenn Terroristen die Freiheit und das Leben unzähliger Menschen in Deutschland gefährden, muss ein starker Staat die Freiheit seiner Bürger schützen.

Mit dem Gesetz wurde eine gute Lösung gefunden und die Regierung zeigt auch beim Kampf gegen den Terror, dass sie handlungsfähig und einig ist.

ZUKÜNFTIGE VEREINFACHUNG DES RECYCLING VON MÜLL



Mit dem Gesetz zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts wird eine EU-Abfallrahmenrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt. Darüber hinaus wird das seit 1996 geltende Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz ökologisch fortentwickelt. Ziel des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes ist eine nachhaltige Verbesserung der Ressourceneffizienz durch eine Stärkung der Abfallvermeidung und des Recyclings von Abfällen. Mit der Einführung einer ab dem Jahr 2015 zu erfüllenden Pflicht

zur Getrennsammlung von Bioabfällen sowie von Papier-, Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen in eine Tonne, legt das Gesetz die Grundlage für ein hochwertiges Recycling von Abfällen mit einem hohen Ressourcenpotential. Vorgesehen ist hier die Einführung einer „einheitlichen Wertstofftonne“. Bislang durften nur durch den „Grünen Punkt“ lizenzierte Verpackungen in den Werkstofftonnen oder gelben Säcken entsorgt werden. Recyceln wird damit auch einfacher. Ein weiteres Ziel ist:

Bis zum Jahr 2020 sollen 65% aller Siedlungsabfälle recycelt und 70% aller Bau- und Abbruchabfälle stofflich verwertet werden. Eine zweite wichtige Änderung betrifft das Einsammeln von Altpapier. So sollen nun auch Privatfirmen diesen Wertstoff sammeln dürfen, sofern sie einen Mehrwert bieten, die Sammlung drei Monate vorher den Kommunen bekannt geben und sie dies auch drei Jahre lang aufrechterhalten. Ziel ist es, den Wettbewerb zwischen privaten und kommunalen Entsorgungsbetrieben zu beleben.

TREFFEN MIT ÖVP ABGEORDNETEN



Am Dienstag trafen MGB und andere CDU-Abgeordnete in Berlin den Fraktionsvorstand der Österreichischen Volkspartei (ÖVP). Den Höhepunkt bildete die Zusammenkunft mit der Bundeskanzlerin. Während des Treffens bestand Einigkeit, dass der

Rettungsschirm keine Banklizenz bekommen wird. Man sprach sich für die Schaffung einer europäischen Finanzmarktsteuer mit Budget- und Lenkungsfunction aus. In einem CDU/CSU-ÖVP-Papier haben wir unser Bestreben für eine Stabilitätsunion festgehalten.

TERMINAUSWAHL

29.10.	Bezirksparteitag der JU in Hankensbüttel
31.10.	Finanzausschuss CDU, Maschen
31.10.	Kreisvorstandssitzung
01.11.	Parlamentarischer Abend der Mittelstandsvereinigung, Lübberstedt